

58 204
57

BERICHT DER K.A.P.D.

I. Die Entstehung der Opposition in der K.P.D. (Spartakusbund)

Die Ende Dezember 1918 durch Zusammenschluss der Linksradikalen mit dem Spartakusbund gebildete K.P.D. (Spartakusbund), griff sofort führend in die JanuarKämpfe 1919 ein. Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, die Leitung der K.P.D., wurden von den weissen Gardien erschlagen. Da eine Neuwahl der Zentralleitung der Partei unter den damaligen Umständen nicht möglich war, wurde dieselbe kooptiert. Sie stand unter der Führung von Paul L e v y. Mit der Uebernahme der Leitung der Partei durch Paul Levi änderte sich mehr und mehr die Politik der K.P.D., sie wurde passiv. Anders die Mitglieder der Partei, diese drängten zum Handeln. Dem deutschen Proletariat, und damit auch den Mitgliedern der K.P.D., fehlte jede revolutionäre Erfahrung und sie waren so auf die treibende klare Kraft einer Zentralleitung angewiesen. Diese fehlte nach dem Tode Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs ganz, sodass die folgenden Kämpfe sich in Deutschland vereinzelt und verzettelt abspielten. Als dann noch Leo J agisches, der Organisator der Partei in den folgenden Kämpfen, Laerz 1919, fiel, wurde die Passivität der Zentralleitung zu einer Bekämpfung der von der alten K.P.D. betriebenen aktiven Politik. Diese Haltung der Zentrale und der von ihr abhängigen Instanzen, Manterredner usw., musste sich auch auf anderen Gebieten auswirken. Wollte die Partei, bei ihrer Abkehr von der Angriffspolitik, irgendwelchen Einfluss bei der Arbeiterschaft erhalten, so musste sie sich auf den Gebieten betätigen, in denen die bürgerliche Gesellschaft der Arbeiterschaft ein Wirken erlaubt: auf politischen Gebiet: in den Parlamenten und auf wirtschaftlichen: in den Gewerkschaften. Das war denn auch der Weg, den die Zentralleitung der Partei einschlug. Die Mitglieder jedoch, die an der Aktivität festhielten, hatten die Unvereinbarkeit parlamentarischer und gewerkschaftlicher

89 205
58

Betaetigung mit revolutionaerem Handeln, durch die Erfahrung erkannt. Die Zentralleitung versuchte dann mit skrupellosen diktatorischen Massnahmen ihre Auffassung in der Partei durchzudruecken. Auch dagegen setzte sich die Opposition zur Wehr und suchte sich durch organisatorische Sicherungen gegen die buerokratische Gewalt der Partei zu schuetzen.

So ergaben sich drei Streitfragen: die Umgestaltung der Organisation der Partei, Beteiligung am Parlamentarismus oder nicht, und gewerkschaftliche Betaetigung oder Zertruemnerung der Gewerkschaften. Diese drei Fragen fuehrten denn auch zur Spaltung der K.P.D. (Spartakusbund). Wie sich diese Gegensatzentwickelten und wie die Spaltung erfolgte, sei in folgendem kurz geschildert.

Der Grundungsparteitag der K.P.D. hatte mit ueberwaeltigender Mehrheit beschlossen, sich in Gegensatz zu allen anderen Parteien an den Wahlen zur Nationalversammlung nicht zu beteiligen. Nach den Kaempfen des Fruehjahrs und Sommers 1919 machte sich in der Parteileitung (Reichszentrale) eine starke Stroemung ~~von~~ Parlamentarismus bemerkbar. Die Stimmung in den Mitgliedschaften war eine entgegengesetzte. So nahm eine Funktionaerversammlung Gross-Berlins im August 1919 eine Resolution an, der Genossin Zetkin, die noch von der Unabhaengig. Partei her im Wuerttembergischen Landtage sass, ein Ultimatum zu stellen, dieses Mandat niederzulegen oder aus der Partei auszuschneiden. Genossin Zetkin reagiert nicht darauf und die Zentrale der Partei, zu der auch die Genossin Zetkin gehoer- te, bestaerkte sie in ihrer Haltung. Die Zentrale nahm dann in der folgenden Zeit offen Stellung fuer den Parlamentarismus ohne eine Aenderung des Parteitag-Beschlusses abzuwarten. Ja, sie ging weiter; sie bekaempfte die Ortsgruppen und Bezirke, die an Parteitagbeschluss festhielten, sabo- tierte dort die Agitation durch Entziehung der finanziellen Unterstuetzung etc.etc.

Die Entwicklung des Gegensatzes in der Gewerkschaftsfrage nahm ungefaehr folgenden Verlauf:

Aus den Kaempfen des Jahres 1919 hatten die Proletarier die Lehren gezogen, dass die Gewerkschaften zur Fuehrung der grossen Kaempfe und Massenaktionen nicht nur ueellig unbrauchbar sind, sondern sogar ein

Schweres Hemmnis der Revolution darstellen. Sie schritten ueberall spontan zur Gruendung eigener, proletarischer Klassenkampforganisationen, die sich nicht auf die Berufe, sondern auf die Betriebe aufbauten, die nicht die Arbeiterschaft zersplittern und Klassegegensatze innerhalb der Arbeiterschaft hervorrufen, sondern die Klasse, des revolutionaeren Proletariats einheitlich zusammenfassen dort, wo sie von Natur auch eins ist, in Betrieben. Derartige Betriebsorganisationen entstanden spontan im Ruhrrevier, im oberschlesischen Industriegebiet, in Mitteldeutschland, in Berlin, an der Wasserkante, kurz gesagt in allen Industriezentren Deutschlands. Als die Parteileitung der K.P.D. im Sommer 1929 das Entstehen und Wachsen dieser Massenbewegung sah, versuchte sie zunaechst diese Organisationen mit allen Mitteln zu foerdern. Die damaligen Fuehrer der Partei wie Levi, Ludwig, Koerting, Froehlich, gaben die allgemeine Parole heraus zur Gruendung solcher Betriebsorganisationen und zum Austritt aus den Gewerkschaften.

Mit den Umschwenken der Reichszentrale in der Frage des Parlamentarismus im Spatsommer 1929 gewann auch die Richtung innerhalb der Parteileitung die Oberhand, die, unter Fuehrung Paul Langes, der jetzt bei der rechten USP gelandet ist, die B.O. aufs heftigste bekaempfte und den Eintritt und das Arbeiten der Kommunisten innerhalb der Gewerkschaften verlangte. Die gesamte Reichszentrale schwenkte um. Diejenigen, die die B.O. selbst mitaufbauen geholfen hatten, wurden ihre heftigsten Gegner. Die Masse der Parteimitglieder aber hielt an den Betriebsorganisationen, zusammengefasst in der allgemeinen Arbeiter Union, fest. Die Kluft zwischen den Parteinstanzen und der grossen Masse der Mitgliedschaften, hauptsaechlich in den Industriezentren, vorgroesserte sich von Tag zu Tag. Daraufhin wurde zum 20/24 Oktober ein Parteitag nach Heidelberg/Mannheim einberufen. Dort ueberfiel die Reichszentrale die Delegierten mit den bekannten sogenannten Heidelberger Leinsatzen, die vorher den Mitgliedschaften noch nicht zur Diskussion vorgelegt und den Delegierten voellig neu waren. Die deshalb dagegen stimmenden 18 Delegierten wurden von der Konferenz ausgeschlossen, nachdem man sich durch verschiedene Manoever eine Stimmenmehrheit fuer die Reichszentrale gesichert hatte. Die oppositionellen Bezirke dachten zunaechst nicht daran, sich zu einer eigenen Partei zu konsituieren, sondern

81 207
60

wollten einen neuen Parteitag erzwingen, wo ueber alle diese Dinge nochmals abgestimmt werden sollte, nachdem die Mitgliedschaften Stellung dazu genommen hatten, um die gegenseitige Fuehlung nicht zu verlieren, beschlossen sie, den Bezirk Nord-West (Bremen) die Funktionen als Informationsstelle der Opposition zu uebertragen. Die naechsten Monate waren ausgefuellt mit inneren Auseinandersetzungen, wobei die Gegenseite mit allen Mitteln arbeitete. So rief die Reichszentrale in Berlin, Bremen, Hamburg und anderen Staedten eigene oeffentliche Versammlungen gegen die Organisationen des Ortes ein zum Gaudium der Konterrevolution und der Rechts- und Scheinsozialisten. Die im Januar und Februar 1920 stattgefundenen Zentral-Ausschuss-Sitzungen der "gereinigten" kommunistischen Partei schlossen die Bezirke Gross-Berlin, Nord, Nordwest- und Ostachsen aus der Partei aus und forderten ihre Anhaenger auf, die Reihen dieser Bezirksorganisationen zu verlassen und neue Organisationen zu gruenden. Ein Beispiel, wieviel Anhaenger die Reichszentrale hatte, bietet der Bezirk Gross-Berlin. Aus diesem damals 8000 Mann starken Bezirke traten hoechstens 500 Mitglieder aus und gruendeten eine neue kommunistische Partei. Die uebrigen 7500 Mann standen fest zur Opposition.

Die Haltung der Zentrale in den Fragen der inneren Taktik der Arbeiterbewegung - diktatorisches Verhalten, Rueckfall zum Parlamentarismus, Gewerkschaftsarbeit - war der Opposition gegenueber begruetet werden als eine Abwehr anarcho-syndikalistischer Tendenzen. In Wahrheit entsprach diese Haltung demselben Geiste des Opportunismus und Reformismus, wie die Haltung im Kampf gegen die offene Konterrevolution. Das Versagen waehrend des Kapp-Putsches ist zwar von den russischen Genossen scharf kritisiert worden. Sie haben es aber nur als eine losgeloeeste Einzelheit betrachtet, waehrend wir aus den inneren Parteikampfen heraus den notwendigen Zusammenhang mit der allgemeinen reformistischen Linie durchschauen konnten.

Es kam der Kapp-Putsch. Die Zentrale gab die bekannten Parolen heraus: Kein Generalstreik, Gewehr bei Fuss, keine Bildung einer Roten Armee, Loyale Opposition gegen eine sozialistische Regierung, u.s.w. und bei dem Pakt zwischen Konterrevolution einerseits und Gewerkschaften und Arbeiter-

62 208
61

parteien" andererseits, den beruechtigten "Bielefelder Abkommen" wirkten zwei Kommunisten mit. Die Zentrale deckte das Bielefelder Abkommen. In Gegensatz dazu gaben die oppositionellen Bezirke sofort die Parole heraus: "Auf zum Generalstreik!" Sie versuchten die Aktion mit allen Mitteln vorwaerts zu treiben bis zur Errichtung der Diktatur des Proletariats. Sie forderten auf zur Bildung von Roten Armeen, zur gewalttamen Entwaffnung der konterrevolutionaeren, militaerischen Formationen und Selbstschutzorganisationen der Bourgeoisie, zur Bildung von Arbeiterratten usw. Es wurden in den einzelnen Bezirken gemeinsame Aktionsausschuesse der Arbeiterschaft gebildet, der ausser der Opposition der K.P.D. die Arbeiter der U.S.P.D., viele K.P.D.-Genossen und sogar die revolutionaeren Elemente der S.P.D. angehorte, und welche voellig unter unserem Einfluss und unserer Fuehrung standen.

II. DIE TATIGKEIT DER K.A.P.D. BIS ZUR MAERZAKTION.

Der Kapp-Putsch hatte den Mitgliedschaften der Partei die Augen geoeffnet ueber den Wert der neuorientierten K.P.D. als revolutionaeren Faktor und hatte deutlich gezeigt, dass das Aufgeben der frueheren Taktik gleichbedeutend war mit einem Aufgeben des revolutionaeren Kampfes, mit einem Hingehen ins opportunistische Fahrwasser. Er hatte gezeigt, dass sich tatsaechlich zwei verschiedene Parteien gebildet hatten, deren Wiedervereinigung ebenso unmoeglich war wie die Vereinigung von Feuer und Wasser. Die Berliner Organisation rief deshalb zum 3 bis 4. April 1920 einen Parteitag der Opposition ein. Auf diesem Parteitage wurde beschlossen, sich als selbstaendige Partei zur "Kommunistischen Arbeiter Partei" zu konstituieren und wurden Leisotze zum Programm angenommen. Auf dem Parteitag waren ca 40.000 Mitglieder der frueheren K.P.D. durch ihre Delegierten vertreten, trotzdem viele Bezirke wie Rheinland, Westfalen, Baden, Ost- und Westpreussen, Pommern usw. infolge der politischen Ereignisse noch keine bindenden Beschluesse gefasst hatten und erst nach dem Parteitag zu uns stiessen.

Die Geburtsstunde der neuen Partei fiel zusammen mit der Stunde des tiefsten Verrates an der Revolution durch die Zentrale der alten Partei.

Die aufstaendischen Arbeiter des Ruhrgebietes kampfeten noch. Die Regierungstruppen hatten den Waffenstillstand gebrochen und belagerten die Ruedemarschstrassen der Roten Armee mit Gasgranaten. Delegierte aus dem Ruhrrevier kamen gegen Schluss unserer Tagung nach Berlin, um von den Zentralen der U.S.P. und dem Spartakusbunde aktive Solidaritaet zu verlangen. Der Grundungsparteitag unterbrach seine Tagung und versuchte zusammen mit den Hilfe suchenden Abgesandten der Ruhrkaempfer ein letztes, um die Zentralen der U.S.P.D. und K.P.D. in ihrer Haltung umzustimmen. Vergebliche Muehe. Die Fuehrer der "gereinigten" K.P.D. waren nicht zu "finden".

Die Taetigkeit und die Aufgaben der neuen Partei waren durch ihre Entwicklung und die waehrend derselben errungenen Grundsaeetze klar vorgezeichnet. Sie musste bei der Ablehnung der parlamentarischen gesetzlichen Betaetigung jede innen- und aussenpolitische Situation ausnutzen, um den aktiven Kampf gegen den buergerlichen Staat wieder zu entfachen. Einmal, um ein Wiedererstarcken des Staates hirtenan zu halten, ja ihn durch staendig scharfe Angriffe zu zernuerben und zweitens, um jeden Moment geruestet zu sein, die Macht zu uebernehmen. Ein Beispiel des Wirkens der K.A.P.D. in dieser Richtung bietet ihr Verhalten waehrend des russisch-poelnischen Krieges:

In dieser Periode rief die K.A.P.D. die deutschen Proletarier auf zur Arbeitsverweigerung bei der Munitionsherstellung und zur Sabotage der Truppen- und Munitionstransporte. Dies hatte zur Folge, dass die gesamte buergerliche und sozialistische Meute die K.A.P.D. als ein Vorneblicher und Provokateurgesindele denunzierte. Der Rumpfspartakusbund war gnaediger. Er bezeichnete uns nur als Revolutionaeremantiker, die mit Mitteln kaempfen, welche nicht in der Linie des "grossen Kampfes" liegen. Das hinderte allerdings nicht, dass er unsere Parolen, als der Aufruf des M.K. zu dieser Frage erschienen war, auch aufnahm. Mitte August begann der Vormarsch der Roten Armee gegen Poelen. Waehrend alle anderen Parteien Neutraealitaet predigten, forderten wir die Proletarier zur hoechsten Aktivitaet auf und versuchten mit allen Mitteln, die revolutionaere Stimmung zu steigern. Die K.A.P.D. veran-

~~63~~ 63

stahlerte tagtaeglich Versammlungen, forderte zur Zahl von revolutionaeren Aktionsausschuessen und politischen Arbeiterracten auf, traf alle notwendigen Technischen Vorbereitungen und wies das Proletariat darauf hin, dass jetzt der Augenblick gekommen sei, die kapitalistische Herrschaft abzuschuettern sich mit den an der ostproussischen Grenze stehenden russischen Brudern zu vereinigen und die geschlossene Front Racteurusslands mit Racte-Deutschland zu errichten.

Die K.A.P.D. war entschlossen, trotzdem sie allein stand, und der Spartakusbund in Uebereinstimmung mit der U.S.P.D. die Parole der "Neutralitaet zu Gunsten Russlands" herausgab; es zum Aufstand kommen zu lassen. Die Proesse der K.P.D. und U.S.F.D. - in hohler Eintracht mit den Schicksalskennern; - allen voran die "Rote Fahne", denunzierte im entscheidenden Moment dieser Vorhaben. Am Abend des 19 und am 20 August erschien in der "Roten Fahne" und der "Freiheit", sowie in allen Provinzblaettern beider Parteien ein Alarmaufruf an das deutsche Proletariat, in dem vor Lockspitzeln und Provokateuren gewarnt wurde, die am 20 August Putsche veranstalten wollten. Die Arbeiterschaft, die vielfach bereit war zum Kaempfen, wurde verwirrt und die Anfaenge der Bewegung im Keime erstickt. Die Einkerkering und Verfolgung vieler Genossen schwaechte die K.A.P.D. dann fuer einige Zeit in ihrer Taetigkeit, doch wurde dieser Zustand verhaeltnismaessig schnell ueberwunden.

Auf wirtschaftlichen Gebiet fuehrte die K.A.P.D. den Kampf gegen die konterrevolutionaeren Gewerkschaften und foerderte die Entwicklung der Betriebsorganisationen (B.O.) mit allen Mitteln; fuehrte mittels dieser B.O. den revolutionaeren Kampf gegen Unternehmer und Gewerkschaft.

Die Partei legte ihr Hauptgewicht darauf, die Gegensatze zwischen Unternehmer und Arbeiterschaft zu verscharfen und propagierte als Kampfmittel der Arbeiterschaft, im Gegensatz zu den anderen Parteien, passive Resistenz, Sabotage an der Produktion, Streik - staendig bestrebt, aus diesen Anfaengen des Widerstandes heraus, ueberzugehen zum Generalstreik und bewaffneten Aufstand. In vielen Einzelbaellen gelangten die Konflikte bis zum Streik, doch wurde die Erweiterung dieser Kaempfe verhindert durch dann stets verstaerkt einsetzende Gegenwirkung der Gewerkschaften.

~~65 211~~
64

Zur Fuehrung dieser Kämpfe und der sich in der Zeit des Kampfes von den Gewerkschaften besagenden Arbeiter propagierte die K.A.P.D. die Wahl von revolutionären Arbeiterräten oder Aktionsausschüssen und zum Leiten ausgedehnter Kämpfe die Zusammenfassung politischer Arbeiterräte aus den Betrieben. Nur in einzelnen Fällen gelang ein Ausweiten der Kämpfe und zwar dort, wo die K.A.P.D. festen Fuss hatte. Der grösste Kampf dieser Art war der Elektrikerstreik in Berlin. In kurzen eine Schilderung seines Verlaufes:

Am 6 November 1920 brach in Berlin der Streik der Elektrizitätsarbeiter aus, der mit einer Geschlossenheit gefuehrt wurde, die bisher beispiellos war. Den Elektrikern schlossen sich die Strassenbahner und grosse Teile der Gas- und Wasserwerke an. Wie versuchten die Bewegung zu erweitern. Der politische Arbeiterrat Gross Berlin (der bezeichnender Weise aus 30 K.A.P. und 40 K.P. = Genossen bestanden hat, ein Zeichen des Einflusses der K.A.P. bei den Proletariern), die Arbeiter-Union und die K.A.P. riefen zum Generalstreik auf. Es setzte sofort eine organisierte Gegenkampagne nicht nur der U.S.P. und der Gewerkschaften, sondern auch der K.P.D. ein. Die K.P.D. Mitglieder des Arbeiterrates, linke und rechte Richtung in hoelder Eintracht, stimmten gegen den Generalstreik und vollzogen, als sie ueberstimmt wurden, ihren Austritt als Fraktion aus dem Arbeiterrat und versuchten ihn dadurch zu sprengen. Das war selbst vielen Mitgliedern des Arbeiterrates zu viel u. so vollzogen, sich damals massenhaft Uebertritte von K.P.D. = Räten und Genossen zu unserer Partei. -

Am 7 November waren durch die gemeinsame Demonstration der K.P.D., linken U.S.P.D. und der K.A.P.D. grosse Massen auf die Beine gebracht worden, eine Durchfuehrung des Generalstreikes von beiden Parteien waere damals ein Leichtes gewesen. Viele Betriebe traten auf unsere Aufforderung hin in den Streik, Derselbe musste aber zusammenbrechen infolge Sabotage der Gewerkschaften und aller Parteien unter Fuehrung der U.S.P. Entscheidend war eine Versammlung der gesetzlichen Betriebsraete, in der es hauptsaechlich Brandler von der K.P.D. und die Gruppe Neumann, Maltzahn von der linken U.S.P. verstanden, die geforderte aktive Solidaritaet mit den Elektrizitätsarbeitern abzuwuergen durch geheinnisvolle Verabredungen auf an-

~~68~~ 212
65

gebliche Informationen aus dem Reich.

Bei allen parlamentarischen Wahlkämpfen beteiligte sich die K.A.P.D. aufs lebhafteste an der Agitation unter Einsetzung aller Propagandamittel, in denen sie die Fülle der Partei in der gegenwärtigen Situation darstellte und zum Boykott des Parlamentes aufrief. Die demokratischen Ideen, die Auffassung vom Klassenkampf, die lächerliche Rolle der Parlamente gegenüber der Kapitalsgewalt wurden gebrandmarkt. Zu einer effektiven Verhinderung der Wahlen war die Partei nicht stark genug, nachdem K.P.D. und die sich ihr immer mehr und mehr naehende linke U.S.P.D. es verstanden hatte, breite Arbeitermassen auf dem schon begonnenen Wege zur klaren Erkenntnis des Klassenkampfes aufzuhalten und so den revolutionaeren Prozess zu verzögern. Der Erfolg unserer Propaganda war immerhin der, dass ueberall dort, wo wir gut organisiert waren, eine starke Wahlenthaltung unter den Arbeitern zu verzeichnen war. Bei den preussischen Landtagswahlen zeigte sich sehr starke Wahlenthaltung besonders in den Berliner Arbeitervierteln, wo ganze Bezirke der V.K.P.D. unserer Parole folgten.

Ein Hauptaugenmerk legte die K.A.P.D. auf die Arbeitslosenfrage. Seit Mitte 1920 propagierte sie in Gegensatz zur V.K.P.D., zur U.S.P.D. und den Gewerkschaften, die wirtschaftliche Erwerbslosenraete forderten, Aktionsausschuesse und revolutionaere Arbeiterraete. In den Grosstaedten, wo die ungeheuren Arbeitslosenmassen zusammengeballt sind, wie Berlin u.a.m. standen die Arbeitslosen geschlossen hinter unserer Parole. Selbst in den von der V.K.P.D. einberufenen Versammlungen, wo wirtschaftliche von den Magistraten ausgehaltene sogenannte "Raete" gewaehlt werden sollten, lehnten die Arbeitslosen diese Politik der V.K.P.D. ab. Die Zusammensetzung der revolutionaeren Arbeitslosenraete in Berlin z.B. bestand immer durchschnittlich aus 9/10 K.A.P., 1/10 V.K.P., U.S.P. oder gar S.P.D. waren ueberhaupt nicht vertreten.